



Lothar Binding
Mitglied des deutschen Bundestages

AUSGABE 02/2011
APRIL 2011

Inhalt dieser Ausgabe	Seite
Teilerfolg bei Hartz IV: Die Ergebnisse der Verhandlungen	1
Eine Runde Memory mit der schwarz-gelben Bun- desregierung: Das Steuervereinfach- ungsgesetz"	2
Telegramm aus Berlin: Netze, Pläne und Fehler	3
Stadtwerke werden „elektromobil“: Tiefensee zu Besuch	4
„Betroffene zu Beteiligten machen“: Rainer Ziegler im Interview	5

Herausgeber

Lothar Binding, MdB

Redaktion

Marco Winteroll
Dietmar Erdmeier
Norbert Theobald
Kai Gräf

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 2 27-7 31 44
Fax: 030 / 2 27-7 64 35
lothar.binding@bundestag.de

Heidelberg/Weinheim

Bergheimer Straße 88
69115 Heidelberg
Tel.: 0 62 21 / 18 29 28
Fax: 0 62 21 / 61 60 40



NEUES . aus Berlin

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in dieser Ausgabe meines Newsletters gibt es wieder viel Informelles, Hintergründiges, Wissenswertes... rund um meinen Wahlkreis und das politische Berlin. Es gibt auch einige Neuerungen: Im „Telegramm aus Berlin“ auf Seite 3 etwa lasse ich den Blick über den parlamentarischen Betrieb in der Hauptstadt schweifen – Gedanken sind frei...
Herzlichst Ihr

Lothar Binding



Manuela Schwesig redet zur Hartz-IV-Debatte.

Quelle: Bildarchiv des Deutschen Bundestags

Teilerfolg bei Hartz IV Kompromiss kann nicht zufriedenstellen

Nach zähen Verhandlungen im Streit um die Hartz-IV-Reform haben sich Regierung und Opposition auf einen Kompromiss geeinigt. Der SPD ist es dabei gelungen, das Konzept von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) durch einige Korrekturen sozial gerechter zu machen, obwohl wir uns natürlich weitergehende Änderungen gewünscht hätten. Hier die Ergebnisse der Einigung im Einzelnen:

Die *Hartz-IV-Sätze* steigen rückwirkend zum 1. Januar 2011 um 5 Euro, zum 1. Januar 2012 dann um weitere 3 Euro.

Das von der Bundesregierung geplante *Bildungspaket*, das den

rund 2 Millionen Kindern von Hartz-IV-Empfängern ein kostenloses Mittagessen sowie Teilhabe an Schulausflügen und Sport sichert, wird auch den rund 300.000 Kindern von Kinderzuschlagsempfängern zugute kommen. Darüber hinaus werden 3.000 Sozialarbeiter an Schulen in sozialen Brennpunkten eingesetzt.

Im Streit um die *Mindestlöhne* hat die SPD in der Aus- und Weiterbildungsbranche, im Sicherheitsgewerbe und für Leiharbeiter Lohnuntergrenzen durchgesetzt. Die rund 1 Million Leiharbeiter in Deutschland werden künftig mindestens den je-



weiligen tariflichen Mindestlohn (derzeit 7,59 Euro) verdienen. Die *Kommunen* werden ab dem Jahr 2014 um 4 Milliarden Euro jährlich entlastet.

Sind die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts damit erfüllt?

Auf dieses Ergebnis haben sich die Parteien im Vermittlungsausschuss geeinigt, nachdem die Verhandlungen zunächst gescheitert waren. Erst auf Initiative einiger Ministerpräsidenten wie Kurt Beck waren die Gespräche fortgesetzt worden. Ob der nun gefundene Kompro-

miss den Vorgaben der Rechtsprechung genügt, ist weiterhin unklar. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil vom Februar 2010 die Berechnung der Hartz-IV-Sätze wegen ihrer Undurchsichtigkeit für verfassungswidrig erklärt und eine Neuregelung verlangt. Die Grünen haben sich wegen verfassungsrechtlicher Bedenken aus den Verhandlungen zurückgezogen. Die Bundesregierung hingegen ist davon überzeugt, dass die Einigung verfassungskonform ist. Aus Sicht der Sozialdemokraten kann dieser Kompromiss nur unzureichend zufriedenstellen. Zwar konnten sie mit der Wortführerin Manuela Schwesig (Sozial- und Ge-

sundheitsministerin in Mecklenburg-Vorpommern) einige Erfolge für Kinder, Arbeitnehmer und Kommunen durchsetzen und damit mehr erreichen, als vom Bundesverfassungsgericht ursprünglich verlangt worden war. Kein Durchbruch gelang jedoch bei der Gleichbehandlung von Stamm- und Leihbelegschaften, weil die Regierungsparteien eine solche Regelung blockierten. Auch die Einführung der Mindestlöhne in den genannten Branchen kann nur ein erster Schritt sein auf dem Weg zu einer flächendeckenden gesetzlichen Lohnuntergrenze für alle.

Eine Runde Memory mit der schwarz-gelben Bundesregierung

Ein erster Blick auf das Steuervereinfachungsgesetz

Viele Kinder spielen gerne Memory. Und die Regierungskoalition hat einen Entwurf für ein Steuervereinfachungsgesetz vorgelegt. Was das miteinander zu tun hat? – Mehr als auf den ersten Blick sichtbar...

Beim Memory-Spielen versuchen wir uns daran zu **erinnern**, an welcher Stelle wir ein Bild auf dem Spielbrett schon einmal gesehen haben; wir **vergleichen** die beiden aufgedeckten Karten miteinander – und wenn sie zusammen passen, **freuen** wir uns.

Wer sich mit der bisherigen Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung beschäftigt, **erinnert** sich wahrscheinlich nur zu gut an die wohlklingenden Wahlkampf-Versprechungen von Guido Westerwelle und seinem „Steuerpapst“ Hermann-Otto Solms: Deutschland brauche ein vollkommen neues Steuerrecht: einfach, niedrig und gerecht. Wer diese Ankündigungen allerdings mit den Steuergesetzen **vergleicht**, die die schwarz-gelbe Bundesregierung bislang zustande gebracht hat, hat wenig Grund, sich zu



Was wird wirklich einfacher mit dem „Steuervereinfachungsgesetz“?
© TheobaldMedia

freuen – wenn man nicht gerade ein Hotel besitzt oder ein Unternehmen geerbt hat. Das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz und das Sparpaket haben vieles bewirkt: Die FDP hat ihren Ruf als Klientelpartei für Hoteliers, Erben und Spitzenverdiener eindrucksvoll untermauert; die Union hat mit ihren Sparbeschlüssen zulasten von Rentnern, Alleinerziehenden und Arbeitslosen, die die Unterstützung der Solidargemeinschaft am dringendsten benötigen, gezeigt, was sie von ihrem eigenen Anspruch einer Politik auf Grundlage „christlicher Nächstenliebe“

hält; und die gesamte Bundesregierung hat unfreiwillig offen gelegt, wie wenig sie sich an die eigenen Versprechen gebunden fühlt – wir erinnern uns: einfach, niedrig und gerecht...

Ganz sicher wurde mit diesen Gesetzen unser Steuersystem allerdings weder gerechter noch wurden die Steuersätze niedriger. Dann aber jetzt zumindest einfacher? Der Titel „Steuervereinfachungsgesetz“ klingt ja zumindest vielversprechend – aber mit unseren schlechten Erfahrungen aus dem politischen Memory mit schwarz-gelber Regierungspolitik



Telegramm aus Berlin

*Lothar Binding über Netze,
Pläne und Fehler*

Als ich in den späten Achtzigern bei der Universität Heidelberg Datennetze entwickelte, betrat ich technisches Neuland. Vieles war neu, vieles hatte es noch niemals gegeben. Die Planung war langwierig, viele Details mussten beachtet werden. Spannend wurde es, wenn der ausgefüllte Plan realisiert wurde. Bei der Inbetriebnahme bemerkte man, dass einiges noch nicht funktionierte; es gab manche Fehler zu finden und zu entfernen. Andere Planer hatten fehlerlose Pläne entwickelt. Warum? Sie wurden niemals verwirklicht, also konnte man auch keine Fehler entdecken...



Ähnlich ist es in der Politik – hier werden Partei- und Wahlprogramme geschrieben. Wenn sie niemals verwirklicht werden, werden sie immer wunderbar und fehlerlos aussehen. Viele „planen“ auch ein „Netz“, von dem sie wissen, dass es nicht funktionieren kann und hoffen darauf, dass sie von anderen „Planern“ profitieren können. Auch als Politiker mache oft Fehler, aber durch Fehler kann ich lernen und meine Politik verbessern. Viele der von mir geplanten Netze funktionieren heute noch, wurden weiter entwickelt und verbessert – auch meine Politik wird sich immer weiter verbessern – wenn Sie mir helfen, aus meinen Fehlern zu lernen.

Fortsetzung von Seite 2

sollten wir beim Blick auf zwei ausgewählte Regelungen nicht zu große Erwartungen hegen.

Der jährliche Arbeitnehmer-Pauschbetrag bringt nur eine „unechte Vereinfachung“

Der jährliche Arbeitnehmer-Pauschbetrag soll von 920 Euro auf 1.000 Euro angehoben werden (§ 9a EStG-neu). Nach Angaben des Bundesfinanzministers soll damit für etwa 550.000 Arbeitnehmer die Steuererklärung einfacher werden, weil sie mit der erweiterten Pauschale auf Einzelnachweise über ihre Werbungskosten verzichten können. Der öffentlichen Hand entstehen dadurch Mindereinnahmen von etwa 300 Millionen Euro.

Die Regelung sieht vor, dass bei Ermittlung der steuerlichen Einkünfte ein höherer Pauschbetrag als bisher von den Einnahmen aus nicht-selbständiger Arbeit abgezogen wird. Dieser pauschale Abzug soll Kosten steuermindernd berücksichtigen, die für das Erzielen eines Arbeitseinkommens anfallen – etwa Kosten für Bewerbungen, für Arbeitskleidung oder Fortbildungsmaterial. Der Arbeitnehmer hat allerdings weiterhin die Möglichkeit, eventuell höhere Werbungskosten geltend zu machen, wenn er die entsprechenden Belege sammelt.

Wirklich einfacher wird es mit der Neuregelung höchstens für Arbeitnehmer, die bislang schon keine echten Werbungskosten hatten; sie werden um 80 Euro im Jahr entlastet und haben sich sicherlich schon überlegt, wo sie die Tasse Kaffee, die sie sich dann im Monat mehr leisten können, trinken werden...

Auch für das Finanzamt wird das Verfahren nur in sehr engen Grenzen einfacher, weil die Grenze für die pauschale Berücksichtigung von Werbungskosten angehoben wird und die Veranlagung somit schneller geht. Dies gilt allerdings nur bei Steuerpflichtigen, deren Werbungskosten tatsäch-

lich zwischen 920 Euro und 1.000 Euro liegen. Aber wer kann das zu Jahresbeginn schon genau überblicken? Die meisten Steuerpflichtigen werden also weiterhin Belege, Quittungen und Rechnungen sammeln müssen, um am Jahresende prüfen zu können, ob die tatsächlichen Aufwendungen nicht vielleicht doch höher liegen und somit steuerlich geltend gemacht werden können. Und auf dem Finanzamt ärgert man sich, weil der Prüfaufwand im Endeffekt vermutlich sogar steigen wird. Und diese „unechte Vereinfachung“ macht etwa die Hälfte des gesamten Entlastungsvolumens des Gesetzes aus...

Auch die Änderungen bei der Einkommensteuererklärung vereinfachen kaum etwas

Der Gesetzentwurf soll auch die Möglichkeit zur Abgabe von Einkommensteuererklärungen nur alle zwei Jahre einführen (§ 25a EStG-neu), wenn in beiden Jahren voraussichtlich nur Einkünfte aus Überschusseinkunftsarten – also keine gewerblichen Einkünfte – erzielt werden. Es geht wohlge-merkt nicht darum, nur noch eine Erklärung für beide Jahre abzugeben, sondern lediglich die Erklärungen für zwei Jahre an einem einzigen Termin. Das Verfahren wird somit allerdings weder für den Steuerpflichtigen noch für die Finanzverwaltung einfacher, da Nachweise trotzdem über mehrere Jahre aufbewahrt und gesetzliche Änderungen im Steuerrecht rückwirkend erfasst und angewandt werden müssen, um Nachzahlungen, Rückerstattungen oder Vorauszahlungen korrekt zu ermitteln. Und ich kenne nur wenige Bürgerinnen und Bürger, die freiwillig auf die jährliche Rückerstattung zu viel gezahlter Steuern verzichten möchten.

„Einfach, niedrig und gerecht“ – war da nicht mal was? Wenn ich mich nur erinnern würde...



Termine und Hinweise

30. April: Die SPD Pfaffengrund lädt um 20:00 ins Gesellschaftshaus zum traditionellen „Tanz in den Mai“.

1. Mai: Am Tag der Arbeit findet in Heidelberg eine Kundgebung des DGB statt. Treffpunkt: 11.30 Uhr am Bismarckplatz

7. Mai: SPD-Landesparteitag in Sindelfingen

Wolfgang Tiefensee hatte einst die Förderung der Elektromobilität angestoßen. Zum Start der Elektromobilität in Heidelberg besuchte er die Stadtwerke. V. l. n. r.: Anke Schuster, Lothar Binding, Michael Teigeler und Dr. Rudolf Irmischer.

Stadtwerke werden „elektromobil“

Wolfgang Tiefensee kam zum E-Mobility-Start nach Heidelberg

Heidelberg. Im Februar haben die Stadtwerke Heidelberg ihr erstes Elektroauto, einen Mitsubishi i-MiEV, und eine erste dazugehörige Ladesäule in Betrieb genommen. Kürzlich besuchten die SPD-Gemeinderätin Prof. Anke Schuster, Lothar Binding und der ehemalige Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee das Unternehmen, um den E-Mobility-Start in Augenschein zu nehmen. Michael Teigler, Geschäftsführer der Stadtwerke Heidelberg Energie, und Dr. Rudolf Irmischer, Geschäftsführer der Stadtwerke Heidelberg GmbH, sprachen mit den Gästen über die Zukunft der Elektromobilität und den dazugehörigen Geschäftsfeldern für Ökostrom.

Als Verkehrsminister hatte Tiefensee den Anstoß zur E-Mobilität gegeben

„Elektromobilität wird im Mobilitätsmix der Zukunft einen festen Platz einnehmen. Diese Entwicklung eröffnet ein komplett neues Anwendungsfeld für Ökostrom“, begründet Dr. Rudolf Irmischer

das Engagement. Auch Wolfgang Tiefensee ist überzeugt: „Elektromobilität ist eine Zukunftstechnologie, die neue Chancen für Wirtschaft und Umwelt bietet.“

Elektromobilität wird den Verkehr ruhiger und emissionsfrei machen

Wolfgang Tiefensee hatte 2009 ein Förderprogramm zur Forschung und Entwicklung der Elektromobilität angestoßen. Das mit 500 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II ausgestattete Bundesprogramm hat gezielt Mittel für technische Tests und die Erprobung der Marktauglichkeit von Elektrofahrzeugen bereitgestellt. „Deutschland soll mit seinen hervorragenden Ideen aus dem ganzen Land zum Marktführer für moderne Antriebstechnologien werden. Das sichert wichtige Arbeitsplätze und die Mobilität der Zukunft“, sagte der damalige Verkehrsminister.

Auch die Ladesäule im Hof der Stadtwerke in Heidelberg ist ein erster Schritt zu einem möglichen Ausbau dieser Technologie in Heidelberg. Michael Teigeler kündigt

an: „Zusammen mit der Sparkasse Heidelberg wollen wir nach und nach weitere Ladesäulen im Stadtgebiet für die Öffentlichkeit aufstellen.“

Das Potential für Elektromobile ist enorm: Vor allem in den Städten kann mit ihnen der Verkehr ruhiger und emissionsfrei rollen. Auch Tiefensee erklärte damals, die Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent senken zu wollen. Das Ziel könnte mit einer weiten Verbreitung von Elektrofahrzeugen erreicht werden. Wirklich umweltfreundlich ist diese Technologie aber erst dann, wenn auch der benötigte Strom mit regenerativen Wind-, Solar- oder Biomassekraftwerken erzeugt wird.

Die Stadtwerke Heidelberg möchten das Thema auch in der Stadt und der Region voranbringen. „Wir wollen Impulse für die Integration von Elektroautos in die künftige Mobilität geben. Dazu schaffen wir Strukturen und Anlässe, um Erfahrungen rund um E-Mobility mit anderen Akteuren austauschen“, sagte Michael Teigeler.



Zur Person

„Betroffene zu Beteiligten machen“

Rainer Ziegler, Jahrgang 1954, verheiratet, zwei Kinder, aufgewachsen in Heidelberg, Helmholtz-Gymnasium, Staatsexamen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl, Stadtverwaltung Heidelberg, zuletzt stellvertretender Leiter des Umweltamtes, 2001 Bürgermeister von Ladenburg, 2009 wiedergewählt. Das Gespräch führte Adalbert Knapp.

Herr Ziegler, Sie wurden 2001 zum Bürgermeister von Ladenburg gewählt. Wie kam es dazu?

Im April 2000 erhielt ich das politische Unterstützungsangebot und daraufhin habe ich für mich selbst und meine Familie ein viertel Jahr eine Zeit des Nachdenkens eingeräumt, ob ich das in diesem Angebot steckende Vertrauen rechtfertigen und ob ich mir eine solche Aufgabe zutrauen könne. Das Ergebnis waren ein überzeugtes „ja“, die Frage meiner Mutter, ob ich das denn wirklich gut überlegt hätte, die drei anstrengendsten Monate meines bisherigen Lebens und die gewonnene Wahl am Sonntag nach Antonius im Jahre 2001.

Haben Sie auch die Bitterkeit der Niederlage kennen gelernt?

Persönlich Gott sei Dank nicht. Ich habe allerdings versucht, mit der verständlicherweise schwierigen Situation meines Vorgängers angemessen umzugehen. Das eine oder andere Thema konnte ich während meiner bisherigen Amtszeit nicht verwirklichen, aber das darf für einen überzeugten Demokraten kein Problem sein.

Was war Ihnen von Anfang an besonders wichtig?

Es klingt banal und natürlich habe ich das nicht erfunden: Ich wollte möglichst viele Menschen am Geschehen ihrer Stadt beteiligen, ich wollte Betroffene zu Beteiligten machen.

Auf welche Weise?

Ein Instrument war die den 90er Jahren von der UNO initiierte „Lokale Agenda 21“ mit dem Motto „Global denken – lokal handeln“. Wir begannen mit einer „ZukunftswerkStadt“ über die Fragestellungen, die Zivilgesellschaft und Politik beschäftigen sollten. Handelnde in diesem Prozess sind die Bürgerinnen und Bürger. Die Lokale Agenda ist ein fortlaufender Prozess der Zukunftssicherung der Kommune mit verschiedenen Stationen. Eine davon ist der Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Ladenburg 2007, eine andere der Jugendgemeinderat.

Sind die Jugendlichen dabei?

Zu meiner großen Freude ja: Wir haben immer eine gute Wahlbeteiligung, immer ausreichend Kandidatinnen und Kandidaten und lebendige Diskussionen.

Stuttgart 21 ist ein Synonym für mangelnde Bürgerbeteiligung, ein anderes sind aus Einzelprotesten entstehende neue Gruppierungen in Gemeinderäten. Ist so eine Entwicklung aus Ihrer Sicht in Ladenburg denkbar?

Offen gestanden nein. Einige Gründe habe ich oben schon genannt: Intensive und institutionelle Bürgerbeteiligung. Des Weiteren ist unser Gemeinderat in seinen unterschiedlichen Facetten stark in der Bevölkerung verankert und drittens haben wir einerseits eine große, auch bürgerschaftliche Tradition, auf die wir stolz sind. Andererseits sind wir aber auch mit unseren knapp 12.000 Einwohnern überschaubar im wahrsten Sinn des Wortes.



Ob der 27. März 2011, der Tag der Landtagswahl in Baden-Württemberg, wirklich ein historischer Tag ist, kann man in einer Stadt mit 2000 Jahren Geschichte ganz entspannt sehen. Auf jeden Fall hat er einen Regierungswechsel zur Folge. Was erwarten Sie als Kommunalpolitiker von der „neuen Zeit“?

Es wird spannend, natürlich; und es wird neue Schwerpunkte geben: Bildung, Kinder, Familie, Ökologie. Über allem wird selbstverständlich die Frage stehen, was können wir uns leisten und was nicht. Als Kommunen hoffen wir, entsprechend dem Konnexitätsprinzip „ordentlicher“ behandelt zu werden als bisher. Aber da bin ich guten Mutes.

Was bedeutet Tradition für Sie?

Ich bin in einer Arbeiterfamilie aufgewachsen, in der, nachdem die beiden Kinder älter geworden waren, beide Eltern gearbeitet haben, fürs „Fortkommen“ arbeiten mussten. Mein Vater stand den Sozialdemokraten nahe. In meiner Kindheit und Jugend habe ich gelernt, was Solidarität, Gemeinschaft, Zusammenhalt und Ausgleich in der Familie und in der Gesellschaft bedeuten. Das trägt mich familiär-privat (was gelegentlich etwas kurz kommt) und bei meiner Aufgabe hier.
Herr Ziegler, vielen Dank für das Gespräch!